

## **Anlage 2.1**

### **in einfacher Sprache**

#### **Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Amtsperiode 2014 – 2020**

#### **Fazit der Vertreter und Vertreterinnen der Behindertenorganisationen und Selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für die Zeit 09/2017 – 05/2018**

Die Verwaltung hat einen Bericht zur Arbeit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für den Zeitraum 09/2017 bis 05/2018 geschrieben.

Die stimmberechtigten Vertreter und Vertreterinnen der Behindertenorganisationen und Selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik möchten diesen Bericht ergänzen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik ist weiterhin wichtig für die Stadt Köln.

#### **Themen, mit denen sich die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschäftigt hat:**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hat erreicht, dass eine neue Arbeitsgruppe gebildet wurde.

Die Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit dem Thema: „disability mainstreaming“. „Disability mainstreaming“ bedeutet, dass die Interessen der Menschen mit Behinderung immer automatisch mitberücksichtigt werden. Das ist ein langer Weg. Die Arbeitsgruppe hat die Ziele:

- bei allen Entscheidungen der Verwaltung sollen die Interessen der Menschen mit Behinderung mitgedacht werden
- die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Verwaltung und in der Politik sollen verstehen, dass dieses Vorgehen notwendig ist und Vorteile für alle hat

---

In den Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik werden viele Themen besprochen.

Immer mehr Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Verwaltung und Politik finden Inklusion wichtig.

Beispiele, die dies zeigen:

- das Gestaltungshandbuch Innenstadt
- mehr Personal in der Schwerbehindertenstelle

- Mobilitätshilfe für Menschen mit kognitiven Einschränkungen und Orientierungsschwierigkeiten
- 

Ein anderes Thema ist das Angebot der VHS für Menschen mit Behinderung. Früher hat die VHS besondere Kurse für Menschen mit Behinderung angeboten. Heute versucht die VHS, ihre Angebote für alle Menschen zu öffnen. Dieser Weg ist im Sinne der Inklusion gut. Aber er kann nur funktionieren, wenn in den Kursen die Bedürfnisse aller Teilnehmenden auch berücksichtigt werden.

Zum Beispiel:

Es muss unterschiedliche Lernmaterialien geben: in Blindenschrift und/ oder in Leichter Sprache. Jeder Teilnehmer bekommt die Zeit, die er zum Lernen braucht.

In Gesprächen hat sich gezeigt, dass es verschiedene Meinungen zur Umsetzung gibt.

---

Ein großes Thema in Köln ist, dass es zu wenig Wohnungen gibt. Gerade für behinderte Menschen, die barrierefreie und rollstuhlgerechte Wohnungen brauchen, ist das Problem noch größer.

---

Es wurde auch oft über das Mitnahmeverbot von E-Scootern in der KVB gesprochen. Einige Verbesserungen konnten erreicht werden.

---

### **Struktur der Arbeit: Treffen und Zusammenarbeit**

Im Zeitraum gab es 4 Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik. Die Themen der Sitzungen wurden vor- und nachbereitet.

---

Es gab noch viele weitere Treffen mit Mitgliedern der Verwaltung und dem AK Barrierefreies Köln. Einige Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sind Teilnehmende im AK Barrierefreies Köln.

---

Das Amt für Brücken- und Stadtbahnbau führt 4 mal im Jahr Anhörungen nach BGG durch. BGG bedeutet Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz. Einige Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik haben regelmäßig teilgenommen.

---

In Köln gibt es die zentralen Bauprojekte MiQUA und „Neue Mitte“.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hat sich intensiv beteiligt, damit die Barrierefreiheit verbessert wird. Es konnte erreicht werden, dass ein öffentlicher, immer zugänglicher Aufzug geplant wird.

---

Es gab auch Gespräche mit der KVB zum Thema Barrierefreiheit bei der Planung von neuen Fahrzeugen. Und zu anderen Themen.

---

### **Die Rahmenbedingungen der Arbeit:**

Die Vertreter und Vertreterinnen der Behindertenorganisationen und Selbsthilfegruppen arbeiten ehrenamtlich.

Die Arbeit wird als schwierig empfunden:

- weil der Kölner Stadt-Haushalt immer knapper wird
- weil es immer mehr Themen gibt, die bearbeitet werden müssten
- weil sich für die große Anzahl der wichtigen Themen zu wenige Ehrenamtliche engagieren
- weil es aufgrund der Auswirkungen der eigenen Behinderung Grenzen gibt
- weil die Geschäftsführung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, die bereits mit großem Einsatz unterstützt, keine weiteren Aufgaben mehr übernehmen kann.

Köln entwickelt sich in Richtung inklusive Stadtgesellschaft. Der Einfluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik auf die Kölner Politik wird immer deutlicher.

Aber angesichts der Schwierigkeiten können nicht alle Themen bearbeitet werden. Manches bleibt liegen. Das ist schwer zu ertragen.

---

Aktuell stellen wir uns die Frage, wie es erfolgreich weiter gehen kann:

- Die Verwaltung hat den Antrag auf Bezahlung unserer Arbeit bisher abgelehnt. Mitglieder von anderen Gremien bekommen allerdings eine Bezahlung.
- Für den Bereich Behindertenpolitik und damit auch für die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik ist im Moment das Sozialdezernat zuständig. Das soll sich vielleicht ändern. Wahrscheinlich wird das Dezernat der Oberbürgermeisterin zuständig werden. Wir können heute noch nicht sagen, wie das unsere Arbeit verändern wird.

Wir können nur dann erfolgreich weiter arbeiten, wenn

- der Vorsitz in den Händen der Dezernatsleitung bleibt
- die Bedeutung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik innerhalb der Verwaltung gleich bleibt
- die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik weiterhin in der Hauptsatzung der Stadt Köln verankert ist
- die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik weiterhin Beschlussempfehlungen in die Ausschüsse der Stadt Köln einbringen darf
- die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bei allen Themen, die für Menschen mit Behinderung wichtig sind, weiter mitberaten kann.

Unsere Sorgen und unsere Ziele haben wir in Gesprächen mit der Verwaltung deutlich ausgesprochen. Bisher gibt es keine Ergebnisse. Ein weiteres Gespräch ist geplant.

Wir wünschen uns:

- dass die Punkte, die oben aufgezählt sind, bei einer Veränderung berücksichtigt werden
- dass die Arbeit bezahlt wird wie in anderen Gremien auch
- dass die Verwaltung die Möglichkeit bekommt, mehr zu unterstützen

Dann könnte die Stadt Köln zeigen, wie wichtig ihr eine inklusive Stadtgesellschaft ist. Gleichzeitig würde sie so zum Vorbild für andere Städte.

Ein „Weiter so wie bisher“, würde aus unserer Sicht nicht reichen. Das entspricht nicht der Behindertenrechtskonvention und nicht dem, was sich die Kölner Politik vorgenommen hat.

i.V. Paul Intveen und Horst Ladenberger

für die Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen und Selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Bearbeitung: Ella Sebastian, Kerstin Kinnen